

Soziales auf den Punkt gebracht

Paritätische Perspektiven zur Landtagswahl



Schleswig-Holstein steht vor großen Herausforderungen. Die Auswirkungen der Coronapandemie werden uns noch über Jahre beschäftigen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass Kommunen sich zwischen Klimaschutz oder Klinikum entscheiden müssen, dass die Hindernisse zu Gütern der Daseinsvorsorge für viele Menschen noch höher werden als bisher.

Was brauchen wir in Schleswig-Holstein, um die Gesellschaft auch in Zukunft zusammenzuhalten? Eine Sozialpolitik, die armutsverhindernd und an Verteilungsgerechtigkeit orientiert ist. Eine Politik, die Güter der Daseinsvorsorge wie Wohnen, Gesundheit oder Pflege allen Menschen zugänglich macht und nicht vom Markt regulieren lässt. Und am dringendsten: eine nachhaltige Fachkräfteoffensive für alle Bereiche der Sozialen Arbeit. Im Folgenden finden Sie unsere Ideen, wie das alles in die Tat umgesetzt werden kann – lassen Sie uns darüber sprechen!

Digitalisierung

Wir fordern:

- kostenfreie Netzzugänge und technische Infrastruktur für alle Nutzer*innen
- nachhaltige Anschubfinanzierung von innovativen Ansätzen
- Entwicklung von Förderrichtlinien unter Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände
- Förderung der Nutzer*innen-Medienkompetenz durch Medienpädagogik
- Ausbau und Nutzung von vorhandenen Open-Source-Lösungen und Datenschutz

Engagement

Wir fordern:

- Weiterentwicklung der landesweiten Engagementstrategie unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen
- institutionell geförderte, strukturelle Begleitung und Beratung der Demokratiestärkung
- Vereinfachung der Mittelakquise und Bürokratieabbau bei Antragstellung

Flucht und Migration

Wir fordern:

- Landesantidiskriminierungsgesetz
- Schließung der Abschiebehaftanstalt Glückstadt
- flächendeckende, frühzeitige und behördenunabhängige Asylverfahrensberatung
- Begrenzung der maximalen Verweildauer in Erstaufnahmeeinrichtungen auf sechs Monate
- Regelförderung der Migrationsberatung mit mindestens dreijähriger Laufzeit
- Aufbau von flächendeckenden Antidiskriminierungsberatungsstellen
- Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie durch Identifikation besonders schutzbedürftiger Personen bei der Ankunft in Erstaufnahmeeinrichtungen

Frauen*, Gleichstellung und reproduktive Rechte

Wir fordern:

- Umsetzung der Istanbulkonvention sowie der Handlungsempfehlungen der interdisziplinären AG 35
- strukturierter Aufbau eines Gefährdungsmanagements („Hochrisikofälle“)
- dauerhafte Festschreibung der „zusätzlichen Landesmittel (ZuLaMi)“ für Stellenanteile und Dolmetscher*innenkosten in Frauen*facheinrichtungen
- Übernahme der realen Mietkosten in Frauen*facheinrichtungen
- 100% Kostenerstattung für freie Träger der Schwangerschafts(konflikt)beratung
- Entwicklung einer Versorgungsstrategie unter Einbeziehung aller Akteur*innen und Wohlfahrtsverbände im Bereich Abbruch und Schwangerschaftskonfliktberatung
- Sensibilisierung für Gewaltschutzthemen und Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten

Kinder, Jugend und Familien

Wir fordern:

- umfangreiche Fachkräfteoffensive für die Arbeitsfelder Kita und Jugendhilfe
- sonderpädagogische Basisausstattung in Form von multiprofessionellen Teams als Sockel von mindestens 20 Wochenstunden für 1- bis 3-gruppige Kitas und 5 Stunden zusätzlich für jede weitere Gruppe
- zusätzliche qualifizierte Fachassistent*innen für Kinder mit einem erhöhten Betreuungsbedarf sowie erhöhte Leitungsfreistellungszeiten in Kitas
- Jugendhilfe: Erstellung eines Gutachtens im Auftrag des Landes zur Überprüfung der KJVO- Mindeststandards
- Schulbegleitung: Erarbeitung und Umsetzung einheitlicher Qualitätsstandards sowie die Implementierung von Pool-Modellen
- auskömmliche Finanzierung der Leistungen für die Umsetzung von Inklusion an Schulen
- Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen mit Qualitätsstandards und einer auskömmlichen Finanzierung unter Einbeziehung der Nutzer*innen und Akteur*innen

LSBTIQ*

Wir fordern:

- Berücksichtigung und Stärkung von LSBTIQ*-Anliegen in der Ehrenamtsstrategie des Landes
- Entwicklung und Umsetzung von geschlechtersensibler und diskriminierungsfreier Sprache in Landespolitik und Verwaltungen
- Sensibilisierung von Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen durch die Bereitstellung entsprechender Fortbildungsangebote
- Förderung von Fachstellen an den interdisziplinären Schnittstellen zu Bereichen der Sozialen Arbeit wie Behinderung, Alter und Pflege
- Erstellung eines LSBTIQ*-Gesundheitsberichts

Nachhaltigkeit

Wir fordern:

- Befähigung sozialer Einrichtungen zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung
- Abdeckung von Investitionen für klimaschonendes Wirtschaften über die Regelfinanzierung
- Anreizprogramme für klimaschonendes Verhalten im Alltag auch für einkommensschwache Haushalte
- kostenfreier, inklusiver und ökologischer ÖPNV als Alternative zum Auto
- Neuausrichtung der Bodenpolitik, die ökologisch und sozial gerecht ist



Pflege und Altenhilfe

Wir fordern:

- Verankerung und Regulierung von Leiharbeit in der Pflege im Landesrahmenvertrag
- Festschreibung der solitären Kurzzeitpflege im Landesrahmenvertrag
- Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland durch geeignete Mentoring-Programme
- arbeitnehmer*innenfreundliche Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen zur langfristigen Bindung und Sicherstellung der Versorgung
- Entlastung der Pflegebedürftigen durch eine Deckelung der ambulanten und stationären Eigenanteile
- Ermöglichung der Erprobung innovativer Ansätze in der Pflege

Prävention, Suchthilfe, Aidshilfe

Wir fordern:

- Bestandsaufnahme zur Suchtkrankenhilfe im Land unter Beteiligung aller Akteur*innen und Transparenz der Mittelvergabe
- Erstellung einer strukturierten und konkreten Suchthilfeplanung
- flächendeckende Stärkung von niedrigschwelligen Beratungsangeboten
- Ausbau der Substitution
- Förderung von betrieblicher Sozialarbeit, die Suchterkrankungen und psychischen Belastungen präventiv vorbeugen kann
- bedarfsgerechter Ausbau von HIV-Schwerpunktpraxen

Psychiatrie

Wir fordern:

- Dialog über die Zukunft der sozialpsychiatrischen Versorgung in Schleswig-Holstein unter Mitwirkung von Betroffenen und Akteur*innen
- öffentlichkeitswirksame Anti-Stigma-Kampagnen, um Vorurteile abzubauen und über psychische Erkrankungen aufzuklären
- mehr Forschung zu Teilhabeeinschränkungen, die sich für den Personenkreis psychisch erkrankter Menschen ergeben
- konsequente Einbeziehung der Expert*innen in eigener Sache bei politischen Entscheidungen

Rechtspopulismus

Wir fordern:

- dauerhafte und institutionalisierte Förderung demokratie-stärkender Arbeit
- Einführung von interkulturellen Öffnungsprozessen und Diversitätsmanagement auf allen Ebenen
- Einführung eines Monitorings von rechten bzw. demokratiefeindlichen Gesinnungen in Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppierungen

Selbsthilfe

Wir fordern:

- Berücksichtigung der Belange der Akteur*innen der Selbsthilfe auf allen Ebenen verpflichtend bei gesundheits- und sozialpolitischen Entscheidungen
- Stärkung der Möglichkeiten, sich analog und digital zu treffen
- verpflichtende Einbindung des Themas Selbsthilfe in Ausbildung und Lehre medizinischer Berufe
- Ausbau des Selbsthilfe-Netztes in Schleswig-Holstein
- Förderung von Kultursensibilität in Selbsthilfestrukturen, die keine gesellschaftliche Marginalisierung reproduzieren

Soziale Arbeit

Wir fordern:

- Fachkräfteoffensive in jedem Bereich der Sozialen Arbeit
- Refinanzierung von Tariflöhnen in Einrichtungen der Sozialen Arbeit
- Planungssicherheit für soziale Träger durch auskömmliche, mehrjährige und dynamisierte Finanzierungen – ohne die verpflichtende Einbringung von Eigenmitteln
- konsequente Umsetzung von Wunsch- und Wahlrecht der Nutzer*innen
- kalkulatorische Anerkennung von Risiko- bzw. Wagniszuschlägen in Leistungsvereinbarungen
- Loslösung der gemeinnützigen Zuwendungsempfänger vom öffentlichen Vergaberecht im Bereich der Unterschwellenvergabeordnung
- Vorrang gemeinnütziger vor gewerblichen Trägern Sozialer Arbeit

Soziale Strafrechtspflege

Wir fordern:

- Überprüfung und Evaluierung von Ersatzfreiheitsstrafen
- Umsetzung der im ressortübergreifenden Projekt „Übergangsmanagement“ entwickelten Handlungsempfehlungen
- Förderung von spezifischen Wohnangeboten für Haftentlassene, die aufgrund besonderer Problemlagen (noch) nicht im eigenen Wohnraum leben können
- Schaffung ambulanter Betreuungsstrukturen zur Stärkung der wohnpraktischen Kompetenz Haftentlassener
- mehrjährige und dynamisierte Förderung der Träger der freien Straffälligen- und Opferhilfe
- nachhaltige finanzierte, professionelle Opferberatung für alle Betroffenen
- Förderung von neuen, innovativen Projekten und Konzepten, die sich insbesondere am Housing-First-Ansatz orientieren

Teilhabe

Wir fordern:

- grundsätzliche Barrierefreiheit in allen Bereichen des Lebens: Kultur, Freizeit, Arbeit, Wohnen, ÖPNV, etc.
- Definition von klaren Teilhabezielen und Entwicklung von geeigneten Maßnahmen unter Einbeziehung der Selbstvertretungen und Träger
- Schaffung von Angeboten für ältere Menschen mit Behinderungen
- Entwicklung von passgenauen Anreizen für die Wirtschaft um Arbeitnehmer*innen mit Behinderungen zu beschäftigen
- Aufbau von selbstbestimmten Beratungs- und Begegnungsstätten mit Peer-Struktur
- niedrigschwellige Familienunterstützungsleistungen für alltagspraktische, haushaltsnahe Betreuung und Unterstützung
- Ausbau der inklusiven Bildungs- und Freizeitangeboten zur Entlastung von Familien
- Pauschalen zur digitalen Ausstattung, sowie die Förderung der Assistenz zur digitalen Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Wohnen

Wir fordern:

- Prüfung der Wiedereinführung einer Wohngemeinnützigkeit
- verbindliche, erhöhte Quote für sozialen Wohnungsbau sowie vermehrte Schaffung von sozialem Wohnraum
- ressortübergreifender „Pakt Wohnen“ unter Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände
- Maßnahmen für eine sozial gerechte Bodenpolitik wie u. a. die Schaffung von kommunalen revolvierenden Bodenfonds
- Konzepte für Personen mit besonderen Bedarfen
- inklusive Quartiersentwicklung unter frühzeitiger Einbeziehung der Selbstvertretungen und Wohlfahrtsverbände
- Unterstützung gemeinnütziger Einrichtungen bei der Anmietung von Wohnraum
- Förderung einer landesweiten Stelle, die bei der Wohnraumversorgung von Zielgruppen der Sozialen Arbeit unterstützt

